

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Veranlagungspreise kosten pro Seite 25 Pf. — Wechselkurspreise werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, Telefon-Nr. 38 u. 80, Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Weihnacht.

Sterne des Friedens, seid ihr verjunkt?
Lichter der Weihnacht, löschtet ihr aus?
Höher stets sprühen im Rampfe die Funken;
Und immer tiefer dunkelt's im Haus.
Wo grünt die Tanne noch strahlend dem Volke,
Sinnbild erlösender Geistesmacht?
Düster umflort eine weltweite Wolke
Sterne und Lichter und festliche Pracht.

Glocken der Weihnacht, sind sie zerprungen?
Läuteten einst doch verheißend und mild,
Riefen's hinaus mit den ehernen Zungen,
Daß aus dem Frieden der Segen nur quillt.
Läuten voll Zornmut nun hallend und erzen,
Künden wohl Siege mit stürmischem Droh'n,
Und in vieltausend bangende Herzen
Schrillt es von blutiger Kämpferpassion.

Lieder der Weihnacht! Ihr heiteren, hellen;
Fröhlichen Lieder aus Kindermund,
Woglet doch sonst in jauchzenden Wellen
Um das feiernde Erdenrund!
Silberne Quellen, im Schutte verborgen,
Duldender Armut, aufwärts ihr stiegt,
Lieder der Jugend! Nun seid in den Sorgen
Lastender Tage auch ihr versiegt.

Märchen der Weihnacht, vom Zauber getragen,
Festlicher Stunden und schillerndem Tand:
Wer mag die lustigen Brücken noch schlagen
Lächelnd hinüber in euer Land?
Weit in der Ferne verdämmert die blaue
Sonnige Küste der Seligkeit —
Und in den Ohren hämmert die rauhe
Stimme gewaltiger Wirklichkeit.

Sterne des Friedens, ihr seid uns entschwendet;
Glocken der Weihnacht, ihr tönst so schrill,
Und vor dem Tod und den blutigen Wunden
Wurden die Lieder und Märchen still.
Doch aus den ehernen Wirklichkeiten,
Tief aus der Menschheit schmerzdem Schoß,
Wird sich ein siegendes Leben bereiten,
Ringt sich die Weihnacht der Zukunft los.

Ernst Preczang.

Bergarbeiterlöhne im 3. Vierteljahr 1913 und 1915.

Der Weltkrieg, welcher nun schon seit fast 17 Monaten Kultur und Wohlfahrt zerstört und die Menschheit zerfleischt, hat den Arbeitern und ihren Familien die schwersten Opfer auferlegt; sie leiden nicht nur unter den Sorgen um ihre Angehörigen auf den Schlachtfeldern, sondern unter wachsenden Nahrungsorgen und den Sorgen um ihre Zukunft. Das ist um so bitterer, weil nicht alles getan wurde, was möglich war, um ihnen „das Durchhalten“ zu erleichtern.

Ganz besonders hätte im Bergbau mehr geschehen können. Abgesehen von den ersten Kriegsmonaten befindet sich der Bergbau in einer so guten Lage, wie es unter den obwaltenden Verhältnissen überhaupt möglich ist. Schon am 14. Februar 1915 konnte die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ befriedigt schreiben: „Mittlerweile geht es unserer eigenen Industrie so gut, wie es unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt möglich ist.“ Inzwischen haben sich die Werksgehälter immer günstiger gestaltet. So haben wir in Nr. 51 der „Bergarb.-Ztg.“ die Gewinnergebnisse von 23 Zechen des Ruhrgebietes zusammengestellt, welche gestiegen sind von 7 062 650 Mk. im 1. auf 11 899 642 Mk. im 3. Vierteljahr 1915 oder um 4 833 992 Mk. gleich 68,5 Prozent. Die „Sächsische Volkszeitung“ vom 1. Dezember 1915 brachte von ihrem sachverständigen Mitarbeiter eine Uebersicht über den rhein.-westf. Kohlenmarkt, worin ebenfalls die „günstigen geldlichen Verhältnisse“ hervorgehoben wurden; besonders an den Nebenprodukten im Kofereibetrieb würde infolge des Kriegsbedarfes „ein schönes Stück Geld verdient“. Dann heißt es weiter:

„Die Beschäftigung der rheinisch-westfälischen Zechen hat bisher Abschwächung nicht erfahren. Da wird für sie bei den erheblich höheren Preisen für Brennstoffe ein höherer Gewinn abfallen, was sich bei den demnächst herauskommenden Jahresabschlüssen unserer großen Bergwerks- und Güten-Mitienngesellschaften zeigen dürfte. Ob aber die Löhne der Bergarbeiter auf Grund ihrer erneuten Eingaben, welche in Anbetracht der gesteigerten Preise für den Lebensunterhalt erklärlich sind, allgemeine Erhöhung erfahren werden steht dahin.“

Nicht nur im rheinisch-westfälischen, sondern auch im übrigen deutschen Bergbau ist die Lage günstig und es wird „ein hübscher Gewinn abfallen“. Den Arbeitern geht es längst nicht so gut. So betrug der Durchschnittslohn nach amtlichen Angaben pro Arbeiter und Schicht und die Lohnsteigerung gegen das 3. Vierteljahr 1915:

Ruhrgebiet	im dritten Vierteljahr		Lohnsteigerung gegen das 3. Vierteljahr 1913	
	1913	1915	absolut	in Prozent
Hauer und Lehrhauer	6,56 Mk.	7,04 Mk.	48 Pf.	7,3
sonstige Untertagsarbeiter erwachf. Uebertagsarbeiter	4,58 „	4,85 „	27 „	5,9
	4,36 „	4,73 „	37 „	8,5
Wurmgebiet				
Hauer und Lehrhauer	5,73 „	5,89 „	16 „	2,9
sonstige Untertagsarbeiter erwachf. Uebertagsarbeiter	4,38 „	4,50 „	12 „	2,7
	4,13 „	4,18 „	5 „	1,2
Saargebiet				
Hauer und Lehrhauer	5,16 „	5,22 „	6 „	1,2
sonstige Untertagsarbeiter erwachf. Uebertagsarbeiter	4,11 „	4,28 „	15 „	3,6
	3,85 „	4,10 „	25 „	6,5
Oberschlesien				
Hauer und Lehrhauer	4,94 „	5,68 „	72 „	14,6
sonstige Untertagsarbeiter erwachf. Uebertagsarbeiter	3,53 „	3,95 „	42 „	11,9
	3,21 „	3,65 „	44 „	13,7
Niederschlesien				
Hauer und Lehrhauer	3,39 „	4,28 „	30 „	10,0
sonstige Untertagsarbeiter erwachf. Uebertagsarbeiter	3,44 „	3,79 „	35 „	10,2
	3,11 „	3,43 „	32 „	10,3

Im 3. Vierteljahr 1913 hatten die Löhne fast überall den Höchststand erreicht und waren höher wie bei Kriegsbeginn; immerhin standen sie noch in keinem gerechten Verhältnis zu den teilweise märchenhaft hohen Werksgehältern und der teuren Lebenshaltung. Inzwischen hat sich die Lebenshaltung, wie allgemein anerkannt wird, weiter um mindestens 80-100 Prozent verteuert; die Löhne haben aber nicht annähernd gleichen Schritt gehalten, so daß die Lage der Arbeiter eine immer bedrückendere wird.

Nun wird in der dem Sinne nach ablehnenden Antwort des Zechenverbandes in Essen auf die Lohnneigabe der Verbände gesagt, es sei infolge der Belegschaftsveränderung nicht angängig, „die in der Zeit nach Kriegsbeginn ermittelte Lohnhöhe mit den Durchschnittslöhnen vor Kriegsbeginn zu vergleichen und Folgerungen aus dieser Gegenüberstellung zu ziehen.“ So stark ist die Verschiebung innerhalb der Belegschaft u. S. jedoch nicht, daß sie die Lohnhöhe so wesentlich beeinflussen konnte. Wäre das der Fall, dann müßten die Bedinge überall eine starke Erhöhung erfahren haben. Nach unseren Umfragen kann aber davon keine Rede sein. Vielfach wurde uns von unseren Kameraden aus den verschiedensten Revieren glaubwürdig berichtet, die höheren Löhne seien nur durch entsprechend höhere Leistungen erzielt worden.

Das entspricht auch allen bisherigen Erfahrungen. Wenn die Geschäftslage günstiger wird, dann wird den Arbeitern gesagt: „Saut nur drauf, was ihr verdient, wird ausbezahlt!“ Das ist das Zeichen zu einem allgemeinen blinden Draufloswühlen. Auf diese Weise werden die Leistungen in die Höhe getrieben, die Löhne steigen, ohne daß die Werke etwas zuzuhelfen, und darüber hinaus entsteht ihnen aus den höheren Leistungen noch ein entsprechender Mehrgewinn. Beim Aufgang der Konjunktur werden die Leistungen in der geschicktesten Weise in die Höhe getrieben, beim Niedergang aber wird den Arbeitern das, was sie durch höhere Leistungen erzielt haben, durch Bedingehölzigkeit wieder genommen. Und dieses Spiel wiederholt sich bei jedem Auf- und Niedergang der Konjunktur.

Die jetzigen sind daher mit den Löhnen im 3. Vierteljahr 1913 sehr wohl vergleichbar, weil sie in gleicher Weise in die Höhe getrieben wurden. Solange nicht nachgewiesen werden kann, daß überall eine starke Bedingenerhöhung vorgenommen wurde, bleibt die Behauptung des Zechenverbandes, die jetzigen seien mit den vor dem Kriege verdienten Löhnen infolge der Belegschaftsveränderung nicht vergleichbar, eben nur eine Behauptung. Darum soll der Zechenverband Stoß und Meiler nennen und sagen, wann, wo und in welchem Umfange Bedingenerhöhungen vorgenommen wurden, damit eine Nachprüfung möglich ist.

Allerdings ist ein Vergleich der jetzigen mit den früheren Löhnen für die Werksbesitzer nicht besonders rühmlich, denn er zeigt, daß die Löhne nicht so gestiegen sind, wie man es unter Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse billigerweise hätte erwarten können. Wir haben immer anerkannt, daß ein voller Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung nicht möglich ist. Aber mehr, weit mehr hätte getan werden können, ohne daß sich die Werksbesitzer einzuschranken brauchen. Die Arbeiter haben während dieses Weltkrieges für die Erhaltung unseres Heimatlandes die ungleich größten Opfer gebracht; der Fennig der Witwe wiegt schwerer wie das Pfund des Reichen. Bei den Werksbesitzern haben sie aber trotzdem nicht das Entgegenkommen gefunden, was möglich war. An dieser Tatsache ist nicht zu rütteln.

Nun zweiten Male hören wir während dieses Weltkrieges nun schon die Botschaft: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Friede auf Erden — und draußen auf den Schlachtfeldern tobt der Weltkrieg! Millionen deckt schon der grüne Rasen. Und noch ist nicht abzusehen, wann die entsetzliche Selbstzerfleischung der Menschheit enden wird. Im Lande aber lastet der Wucher am schwersten auf den Vermitteln, beschränkte Selbstsucht und falsch verstandenes Sonderinteresse lassen es nicht zu einem billigen Ausgleich und zu einer gütlichen Verständigung kommen. Bis zur Verwirklichung der christlichen Heilsbotschaft ist da noch ein weiter Weg.

Bergarbeiterorganisationen und Grubenbesitzer in Oberschlesien.

Die in Oberschlesien vertretenen Bergarbeiterverbände hatten den Grubenbesitzern bezw. -verwaltungen eine gemeinsame Eingabe unterbreitet und um eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter, ohne Unterschied der Berufsgruppen, ersucht. Begründet war dieses Vorgehen mit der im Oktober 1915 sehr stark einsetzenden und zu ernstlichen Besorgnissen anregenden Verteuerung aller Bekleidungs- und Spannhaltartikel sowie des Sprengmaterials, das die Bergarbeiter bei der Ausübung ihres Berufs gebrauchen und wofür ihnen die Kosten vom Lohne in Abzug gebracht werden. Daß die Bergarbeiter von einer verständlichen Erregung erfaßt waren, bewiesen die Teilstreiks, die auf den verschiedensten Werken des Reviers ausbrachen.

Ueber die Verteuerung der Verbrauchsgüter in den Haushaltungen ist kein Wort zu verlieren, denn sie ist allgemein bekannt. Dagegen ist einiges über die Verteuerung des Sprengmaterials zu sagen, denn diese ist in der Öffentlichkeit weniger bekannt. Der Verbrauch des Sprengmaterials ist in Oberschlesien groß, weil die Kohle infolge ihrer Härte, die Stärke der Flöze bis zu 14 Meter Mächtigkeit und der schlagwetterfreien Gruben fast ausnahmslos durch Sprengungen gewonnen wird. Daß eine Kameradschaft von zwei Hauern in einem Monat bis zu 200 und mehr Mark für Sprengmaterial verbraucht, ist durchaus keine Seltenheit. Nur zwei Beispiele aus der Praxis sollen die Verteuerung beweisen. Einer Kameradschaft, die im Oktober 1915 auf ihrer Ortsnummer 48 Schichten verfuhr, wurden 156 Mark für Sprengmaterial abgezogen. Die Verteuerung macht hier 71 Mark, oder auf die Schicht 1,49 Mark aus. Eine andere Kameradschaft verfuhr auf ihrer Ortsnummer im Oktober 1915 36 Schichten und verbrauchte für 124,50 Mk. Sprengmaterial. Die Verteuerung macht hier 55 Mk. oder 1,52 Mk. auf die Schicht aus. Durch diese beiden Beispiele ist bewiesen, daß die Verteuerung dieses Materials recht empfindlich ist und die Klagen der eigentlichen Bergarbeiter — denn nur die Hauer werden davon betroffen — wohl berechtigt sind. Es gereicht ihnen auch nicht zum Trost, daß die Sprengstoffwerke jetzt viel höhere Gewinne erzielen wie früher.

Hervorheben wollen wir fogleich, daß einige Werke die Verteuerung des Sprengmaterials tragen und es den Arbeitern zu dem früheren Selbstkostenpreis berechnen oder nur einen geringen Aufschlag berechnen haben. Leider sind es nur wenige. Wir meinen aber, was bei einigen geht, müßte bei allen möglich sein. Wir können keinen anderen Grund dafür, daß es nicht bei allen möglich sein sollte, entdecken, als höchstens die Sucht nach größerem Gewinn.

In der Eingabe war u. a. auch begründend gesagt, daß die Anspannung der Arbeitskräfte bis zum äußersten recht bringend eine Lohnerhöhung erfordere, denn es gelte nicht nur die Leistungsfähigkeit der daheimgebliebenen Bergarbeiter in der Kriegszeit zu erhalten, sondern sie auch für die Zukunft zu sichern. Weidest sei für den Fortbestand der Volkswirtschaft gleich wichtig. Da die Erhaltung der Volkskraft auch in nationalem Interesse liege, bedürfe es nur dieses Hinweises, um die Forderung nach einer Lohnerhöhung gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Diese Eingabe wurde auch dem Berg- und Gütenmännischen Verein, der ober-schlesischen Unternehmerorganisation, mit der Bitte zugesandt, in ihrem Sinne zu wirken, damit auch fernerhin die Eintracht zwischen Arbeitern und Unternehmern erhalten bleibe.

Nunmehr liegen die Antworten der Werke — mit Ausnahme von zwei — und der Unternehmerorganisation vor. Wenn wir uns nun zuerst mit der Antwort des Berg- und Gütenmännischen Vereins befassen, dann geschieht es, weil dieser den Ton im Konjunkt der ober-schlesischen Grubenbesitzer anahmt. In der Antwort des Vorstandes des Berg- und Gütenmännischen Vereins wird u. a. ausgeführt, daß er es wie schon in der früheren

Fällen, auch diesmal den einzelnen Werken überlassen müsse, wie sie sich zu den Anträgen ihrer Belegschaften stellen. Dadurch soll der Eindruck hervorgerufen werden, als kümmerte sich die Unternehmerorganisation um die Lohnverhältnisse nicht. Das ist bestimmt unrichtig. Als Beweis für diese Behauptung erlauben wir uns, an die früher schon herausgegebenen streng vertraulichen Zirkulare zu erinnern. Es heißt in einem Zirkular (Z. M. A. 681) vom 19. Februar 1906, das an die Verwaltungen der obersteilischen Steinkohlen- und Erzgruben verandt wurde, u. a. wie folgt:

„Die Ihnen bekannt, besteht mit Rücksicht auf die Wichtigkeit und Tragweite aller Lohnfragen eine Abstimmung zwischen den Gruben- und Stättenverwaltungen. Ob- und nachfolgend, daß keine Verwaltung eine wesentliche und generelle Lohnveränderung irgend welcher Art vornimmt, ohne zuvor dem obersteilischen Berg- und Stättenmännlichen Verein von ihrer Absicht Kenntnis und hierdurch Gelegenheit gegeben zu haben, die geplante Maßnahme zunächst im Kreise aller beteiligten Verwaltungen zu beraten.“

Neuere Vorstimmnisse lassen es als zweckmäßig erscheinen, die prinzipielle Abstimmung nach der Richtung hin zu ergänzen, daß auch in den Arbeitsverhältnissen, wie solche auf Grund der letzten Vergabegebühren für die einzelnen Gruben gewählt wurden, fernerhin zu wirksamer oder gar blühender Verbesserung hinreichend einwirkender Maßnahmen erfolgen.“

In einem Rundschreiben des Vereinsvorstandes: „An die Herren Chefs der obersteilischen Steinkohlengruben-Verwaltungen“ (Z. M. A. T. 85) vom 11. August 1906, wird noch einmal auf vorgenanntes Zirkular Bezug genommen und gesagt, daß der Vorstand beschließen habe, die geordneten Verwaltungen nochmals durch besonderes Rundschreiben darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es sei, daß in allen Lohnfragen, und namentlich bei jeder mittelbaren und unmittelbaren Lohnveränderung alle obersteilischen Grubenverwaltungen einig vorgehen, und daß daher dringend erwünscht sei, vor dem Treffen irgendwelcher einschlägigen Maßnahmen diese dem Verein mit dem Anheimsstellen mitzuteilen, daß dieser zu ihrer Beratung eine besondere Versammlung einberufe.“

Die Wichtigkeit der Rundschreiben wird der Vereinsvorstand nicht zu bestreiten wagen. Und da er es schon vor mehr denn neun Jahren für geboten hielt, prinzipielle Anweisungen ergehen zu lassen, daß „bei jeder mittelbaren und unmittelbaren Lohnveränderung alle obersteilischen Grubenverwaltungen einig vorgehen“ müßten, wird diese Praxis auch jetzt noch in Übung sein, trotzdem das Gegenteil gesagt wird. Doch diesen Widerspruch mag der Berg- und Stättenmännliche Vereinsvorstand mit sich selbst abmachen. Wir wollen nur die Zweiseitigkeit feststellen.

Wir haben schon gesagt, daß die Werke mit Ausnahme von zwei geantwortet haben. Die Vereinigte Königs- und Laurahütte (Generaldirektor Herr Geheimrat Berggrat Hilger) und die Schlesiische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb (Herr Geheimrat Berggrat Rehm) halten anscheinend die Arbeiterorganisationen nicht für würdig genug, um ihnen eine Antwort zu erteilen. Es ist auch wohl nicht nur ein Zufall, daß dieses Verhalten mit der Tatsache zusammenfällt, daß die beiden genannten Herren Generaldirektoren stellvertretende Vorsitzende im Berg- und Stättenmännlichen Verein sind. Der 1. Vorsitzende dieser Unternehmervereinigung, Herr Generaldirektor Berggrat Doktoringenieur Williger, hat sowohl in seiner Eigenschaft als Vorsitzender wie auch als Generaldirektor der Rattowitzer Aktiengesellschaft Antwort gegeben, aber besonders die letztere Antwort enthält nichts zu wünschen übrig. Da wird gesagt, daß es einer Mahnung der Arbeiterorganisationen, die Löhne aufzubessern, nicht bedurft hätte und man glaubt auch eine solche künftig entbehren zu können. Wörtlich wird am Schluß des Schreibens gesagt: „Wir werden uns im übrigen von unserem bewährten Prinzip, die Lohnverhältnisse direkt mit unseren Arbeitern zu regeln, auch in Zukunft nicht abbringen lassen. Wie die Dinge bei uns liegen, ist eine Zwischenhaltung von Berufsvereinen bei den Verhandlungen nicht erforderlich.“ Es wird in

dem Schreiben des Herrn Williger zwar zugestanden, daß die Familien der Bergleute „durch den Krieg und der infolge dessen selbst so stark gestiegenen Lebensmittelpreise zum Teil in Bedrängnis geraten sind“, aber den „anmaßenden“ Gewerkschaften recht deutlich abgewinkt.

Die Direktion der Guldahner Steinkohlengruben führt aus, daß sie nach wie vor die Arbeiterorganisationen als Vertreter der Belegschaft nicht anerkennen verweigert und die Direktion der Geheimen Kommerzienräte E. und S. Vorsig-Berlin schreibt, daß sie die Eingabe, welche auf Erhöhung der Löhne abziele, „diesmal unter Berufung auf den Burgfrieden“ beantwortet. Wäre also der „Burgfrieden“ nicht verflücht, würden die Verbände von dort keine Antwort erhalten haben. Daß dieser Begriff von dem Burgfrieden aber recht eigenartig ist, wird man uns wohl zugeben. Da die Hebung der Löhne von Burgfrieden gebraucht wird, wollen wir erklären, daß man gerade mit Rücksicht auf diesen andere Töne in den Antworten erwarten konnte. Die Unternehmer sind eben auch in der Kriegszeit die unversöhnlichen Gegner der nach Verbesserung ihrer Lage strebenden Arbeiter geblieben und haben nicht umgelenkt. Nur aus dem Antwortschreiben der Fürstlich-Schlesischen Generaldirektion kann man bei einigem Optimismus eine gewisse Geneigtheit der Bergarbeiterverbänden gegenüber herauslesen, denn es wird darin gesagt: „Da nur ein kleiner Teil der Belegschaft den die Eingabe unterzeichneten Verbänden angehört, wird über weitere Maßnahmen zur Erleichterung des augenblicklichen Notstandes, wie bis jetzt, mit den Arbeiteraussschüssen verhandelt werden.“ Mit anderen Worten: Wären die Arbeiter stärker organisiert, würde die Direktion bereit sein mit den Organisationen zu verhandeln. Ob es nun in der Tat so gemeint ist, wollen wir nicht weiter untersuchen. Alle anderen Werke schweigen sich über die für die Arbeiterorganisationen sehr wichtige Frage der Gleichberechtigung aus. Jedenfalls geschieht das auch aus Rücksicht auf den Burgfrieden.

Bezüglich der Arbeiteraussschüsse hat sich anscheinend die Meinung der Unternehmer grundsätzlich geändert. In fast allen Antworten wird auf diese Bezug genommen und gesagt, daß die Werke mit ihnen schon über die Lohnfrage verhandelt hätten und das auch weiterhin geschehen würde. Daraus ist zu entnehmen, daß die Arbeiteraussschüsse für berechtigt gehalten werden, Anträge in Lohnfragen zu stellen und Verhandlungen darüber zu führen. Dieses Recht wurde ihnen bisher meistens bestritten. Ohne äußeren Anlaß dürfte diese Sinnesänderung auch nicht vor sich gegangen sein. Wie dem nun auch sei; dadurch, daß die Arbeiteraussschüsse von den Werken für berechtigte Vertreter der Belegschaften in Lohnfragen anerkannt werden, entsteht für die Arbeiter die zwingende Pflicht, bei den Wahlen recht aufmerksam zu sein, daß geeignete Männer gewählt werden.

Anerkannt wird auch in den verschiedensten Antwortschreiben der Werke, daß die Familien der Bergarbeiter durch die Teuerung zum Teil in Bedrängnis geraten sind. Nur wird behauptet, daß diesem Zustand seitens der Grubenverwaltungen energisch entgegengetreten worden sei und die Gräflich Schaafschesche Generaldirektion fügt dem hinzu: „Was um so größeren Erfolg gehabt hätte, wenn die staatlichen Maßnahmen nicht so spät getroffen worden wären.“ Auch die Generaldirektion vom Vorkriegsbergwerk erkennt an, daß in der Eingabe der Verbände, „abgesehen von einigen Irrtümern“ — worin diese bestehen sollen, ist nicht gesagt — die Verhältnisse richtig geschildert worden seien.

Wir vermögen aber nicht zu bestätigen, daß von den Werken alles geschieht, was möglich ist, um die Bedrängnis zu lindern. Wir erkennen an, daß einige Werke nennenswerte Zulagen gewähren. So die Rattowitzer Aktiengesellschaft die 20 Prozent Teuerungszulage, 10 Prozent Regelmäßigkeitsprämie zahlt — diese wurde auch schon teilweise vor dem Kriege gewährt — und das Sprengmaterial jetzt ungefähr zu dem früheren Friedenspreis liefert. Auch von Giesches Erben gewähren seit 1. März 1915 eine Teuerungszulage von 10 Prozent und seit 1. Okt. eine weitere Teuerungszulage von 50 Pf. für verheiratete Arbeiter und 30 Pf. für ledige Arbeiter pro Schicht. Außerdem werden von früher her noch 10 Prozent Prämie für regelmäßiges Anfahren gezahlt. Auf den Hohenloheschen Werken

wird an verheiratete Arbeiter eine Teuerungszulage von 80 Pf. und eine Regelmäßigkeitsprämie von 30 Pf. gezahlt; Ledige erhalten 50 Pf. Teuerungszulage und 20 Pf. für regelmäßiges Anfahren pro Arbeitstag. Auch bei den fiskalischen Werken mag der Lohn nennenswert gestiegen sein. Einige andere Werke gewähren bis 20 Prozent Teuerungszulagen bzw. Regelmäßigkeitsprämien. Kann das schon nicht als den Verhältnissen entsprechend angesehen werden, dann erst recht die Leistung jener Werke nicht, die noch weit unter 20 Prozent mit ihren Zulagen geblieben sind. Die Zahl der Werke, die weniger als 20 Prozent gewähren, ist gar nicht so gering. Hier werden die Verbände noch einmal anrufen, um auch für diese Arbeiter halberlei erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Wir wollen heute von einer namentlichen Aufzählung der Werke, die u. G. kein genügendes Entgegenkommen gezeigt haben, absehen, weil da die Vorstellungen noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sind.

In fast allen Antwortschreiben wird gesagt, daß die Werke schon vor dem Eingang der Eingabe Stellung genommen und die Löhne erhöht hatten, also das Vorgehen der Verbände als verspätet zu betrachten sei. Man möchte damit gerne die Ueberflüssigkeit der Gewerkschaften dokumentieren. Doch so leicht geht die Sache nicht. Die Gewerkschaften haben sich namentlich in der Kriegszeit als ein wichtiger Bestandteil unseres Volksganges erwiesen und sind auch nach dem Kriege erst recht notwendig. Auch war das Vorgehen der Verbände nicht verspätet, denn es ist auch jetzt noch nötig, bei einer Anzahl Werke Vorstellungen zu machen. Aber auch in der Eingabe war gesagt, daß fast auf allen Werken prozentuale Teuerungszulagen bzw. Regelmäßigkeitsprämien gezahlt würden. Das war also ausdrücklich anerkannt, nur entsprachen diese Zulagen nicht der besonders im Oktober sehr stark einsetzenden Teuerung. Darum war das Vorgehen der Verbände im Interesse der Arbeiter geboten. Viele Werke haben sich erst nach dem Eingehen der Eingabe ihrer Aufgaben erinnert und Zulagen gewährt — dann aber rückwirkend 1. Oktober 1915 —, um zu sagen: Wir hatten schon vor dem Eintreffen der Eingabe Stellung zur Lohnfrage genommen und eine Regelung getroffen. Die Mahnung der Verbände war schon notwendig und — was die Hauptsache ist — sie ist nicht unisono gewesen. Das darf man auch auf der anderen Seite ruhig zugeben.

Ervähnenswert ist noch, in welcher Weise die Fürstlich von Donnermarsche Berg- und Stättenverwaltung die Leistung der Arbeiter anerkennt. Sie schreibt: „Wir erkennen im übrigen gerne an, daß unsere Arbeiterschaft die mancherlei Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten die die Kriegszeit für die Arbeiter auch in ihrem engeren Tätigkeitsfeld mit sich bringt, z. B. die Einstellung zahlreicher ungeschulter oder nicht voll leistungsfähiger Kräfte, die Beschäftigung von Kriegsgefangenen, mit denen eine Verstädtigung schwierig ist, die Verwendung neuartiger Sprengmittel und Schießmethoden usw. willig auf sich genommen hat.“ Das, was hier von einer Direktion offen ausgesprochen und anerkannt wird, trifft auf die Bergarbeiter allgemein zu. Ihre heimliche Tätigkeit ist schwerer und schwieriger geworden und sie ist für das Reich und den Fortbestand seiner Volkswirtschaft genau so wichtig wie die des Soldaten in der Front. Aus Gründen der Billigkeit kann man auch darum von den Gewerkschaften bzw. Grubenverwaltungen erwarten, daß sie ihre Ehren der Bergarbeiterforderungen gegenüber nicht verächtlichen.

H. L.

Landwirtschaftliche Produktionskosten.

Der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, Georg Schmidt, schreibt uns: Die Lebensmittelerzeugung zwingt weite Kreise des Volkes, sich mit den Produktionskosten der Landwirtschaft zu beschäftigen. Die Tatsache ist erfreulich. Die landwirtschaftlichen Kreise haben es schon lange vor der Kriegszeit verstanden, die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es dürfte deshalb nützlich sein, wie dies auch während des Krieges fortgesetzt wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 517) vom 15. Okt. 1915 brachte einen Artikel „Kartoffelanbaukosten“ aus dem Pressebureau des Bundes der Landwirte. In diesem Artikel wurden von dem Generalsekretär der Rheinischen Landwirtschaftskammer

Heiliger Abend.

Es klingelt schrill, und törend hallt
Es durch den abendlichen Schimmer.
Ein Knabe, kaum zehn Jahre alt,
Tritt auf mein Dessen in das Zimmer.

Ein brüchig Stimmchen wisperst leis:
„Herr, Kienholz hält' ich zu verkaufen!“
Indes die Wangen schmal und weiß
Blutwellen wechselnd überlaufen.

Und Augen heften sich auf mich,
Umflattert von verwachsenen Strähnen,
So hilflos, weh und flehendlich,
Als wären's festgeronnene Tränen.

Ich weiß nicht, was mich da erfasst,
Warum ich mich so jäh erhebe
Und dann dem Kinde voller Gast
Die large Gabe zugeföhben.

Als wär mir's um den Groschen leid,
Nicht ich mich in die Ecke drücken,
Indes zwei Finger dankbereit
An einer alten Mütze rücken.

Die Stirn ans Fenster hingepreßt
Starr ich, geschreckt aus aller Ruhe —
Es heult der Wind, der Regen näßt —
Es kind hat keine ganzen Schuhe.

Dort schleicht es müd' und regenfeucht
Durch Gassen, die sich festlich schmücken.
Bald hängen Bäume voll Geleucht,
Und Kinder jubeln vor Entzücken.

Dann klingen Glöden ernst und schwer,
Und fromme Seelen hört man singen:
„Vom Himmel hoch, da komm ich her...“
Will er dem Kind wohl Schuhe bringen?...

Rud. Bröger (in der „Arbeiter-Zeitung“)

Das tote Heer.

Als die Trompete geblasen,
Die Trompete zum Aufbruch geblasen,
Zum Aufbruch in den Streit:
Da zogen sie stund und hoch einher —
Nun stehen so viele, so viele nicht mehr.
Sie liegen unter dem Rasen,
Sie schlafen auf grüner Heide.

Der Tod hat Scharen geworden,
Hat ein großes Heer geworden,
Geworben mit Stahl und Blei.
Sie sind um uns her so Tag als Nacht,
Sie schreien mit uns durch Stille und Schlacht,
Sie alle, die für uns gestorben,
Und Bruder, du bist auch dabei!

Und ob wir weit gezogen,
Immer weiter nach Westen gezogen,
Nach Westen, bis ans Meer:
Doch immer im gleichen Schritt und Tritt
Marchieren die toten Heere mit.
Sie wollen von uns nicht lassen,
Sie müssen bei uns sein.

Rud. Bröger (in der „Arbeiter-Zeitung“)

Slap, min Kind

Slap, min Kind!
De Nacht, de Rint.
Der Wind speelt in dat Wadermeer
Und singt ein Regenlied di vör,
Slap, min Kind!
Slap, min Kind!
In Storm und Wind
Dort steiht din Wadder op de Nacht
In Frankreich, wo't später Nacht —
Slap, min Kind!
Slap, min Kind!
Und bed geschwind,
Dat unser Herrgott in de Nacht
Of ewer din'n Wadder wacht.
Slap, min Kind!

Ein ungenannter Soldat im Schützengraben bei Riga.

Wider Wucher!

(Amos VIII. Prov. XI.)

Am Webstuhl steht die ernste große Zeit,
Durch purpurne Kettenfäden läuft
Das Schiffschiff mit dem goldenen Einschlagfaden.
Aus Blut und Gelbennut und Freibeitfaden.
Aus Beten, Opfern, Harren, Trutz und Treue
Weht sie das Bastardlied dir, das stolze, neue
Zum Sieg- und Friedensfest, Germania!

Doch ach, am Zeugbaum, wo die Purpurbahn,
Die golddurchwirkte glänzt — — was dunkelt da?
Gemahst du, edles, deutsches Volk, den Fleder?
Den eilen? — — Wer's getan?

Elende Wucher, die sich Deutsche nennen,
Scham sollte glühend ihre Stirne brennen. —
Kommt mill' nehmt ein geweihtes Silberbeden,
Und sammelt ehfruchtig das Geldesblut;

Die Scholle Flanderns preßt die Blut getrunken
Wo immer Deutschlands Söhne hingekunten,
Von Balkenmeere bis hinab zum Pruth,
Von den Argonnen bis zum Erzberneiche

Sammelt und gießt die Tränen auch hinein,
Die über Wangen rollen, kauerbleiche,
Von Millionen armer Mütter, Weisen,
Von Frauen, Bräuten, gramgequälten Greisen;

Der Kämpfer grimme Not und Todespein
Gießt auch hinein! — —
Dann, Freunde, kommt! Wir zieh'n durch Stadt und Land,
Und wo wir einen schlimmen Schelling finden,
Da schreiben wir mit Blut auf seine Wand,
Was einst nach Gottes Weisung mühte künden

Der Herr von Thua: „Ihr Wucherer hört!
Die ihr die Armen drückt, Jahre schwert!
Vergessen will ich ewig nicht des Wesen! —
Dem schreiben wir mit Blut auf seine Tür
Des Weisen Wort, erfüllt vom Gotteszorn:
„Verflucht im Volk, wer innehält sein Korn!“

„Das Blut soll schrei'n zum Himmel gegen ihn,
Wie einst das Blut des Abel hat geschrien,
Wie Sühne ward: bis fiederlos dein Kleid
Germania, zum Frieden ist bereit.“

Wigbert Metz (in der „Arbeiter-Zeitung“)

Der Liebesgabenfabrikant.

Ich bin Preisstreiber, kennt ihr meine Farben,
Womit ich Num-Tabetten hergestellt?
Die mutig sich den Wagen dran verbarben,
Sie erit verdienen die Bezeichnung „Gold“.
Mein Teepunsch ist 'ne große
Kartoffelstärke-Sauce;
Wer ihn genoh, trinkt keine Bunsche mehr —
Und so wirt' ich erziehtlich auf das Heer.

Nicht jeder Tag kann glühn im Sonnenlichte,
Und lachhaft ist das Teuerungsgelächter;
Seitdem ich Rindspulach in Dosen schickte,
Verging dem Volk der Appetit auf Fleisch.
Mein Schinken in Rurgunder
Besteht aus schmiergem Wunder.
Das wüfte Zeug sah niemals Schwein noch Wein —
Ich bin Preisstreiber, will Preisstreiber sein!

Von meiner Schrahmbutter sind neun Miel
Verdorbn'er Togh. Preis: Fünzig Mark das Pfund.
Nichts ist davon verbannt als die Schachtel.
Dagegen bleibt mein Vienenhonig Schund.
Kält niemals solche Zende
Dem Reinde in die Hände,
So halt' er sich im Augenblick den Tod —
Nun bitt' ich Sie: Bin ich kein Patriot?

Calliban im „Tag“.

Die weiße Steuer.

Rundkrat, ein tiefer Sinn
Liegt in deiner Kriegsgewinn-
Steuer, die den Preis erfüllt,
Wenn der Kaiser überschwillt.

Du gebietest (Maß für Maß,
Aktion- und G. m. b. H.'s,
Ihren Weltkriegspinkelfegen
Bis zur Hälfte rückzutagen.

Und er ist getrennt zu halten
Und gefordert zu verwalten,
Bis sich dieser fetter Nest
Kriegsgewinnbesteueren läßt.

Weil sonst zu befürchten wäre,
Dah' valschicht die Aktionäre
Wes mittlerweile schluden —
Und der Fisl hat nachzutuden.

Wahrlich, wahrer Bundesrat,
Wandelt auf dem rechten Pfad!
Kriegt der Interessent auch Gelsucht,
Triiffst du doch die Mannefellsucht.

Calliban im „Tag“.

Ihr führt ins Leben uns hinein,
Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann überlaßt ihr ihn der Pein;
Denn alle Schuld rächt sich auf Erden.

Calliban

die gesamten Anbaukosten eines Morgens Kartoffelland dar- gelegt. Die Selbstkosten wurden bei guten Ernteverhältnissen auf 1,40 Mk. pro Zentner berechnet. Da aber nicht überall gute Erträge zu erwarten seien, müßten durchschnittlich 2,50 Mk. Selbstkosten pro Zentner Kartoffeln gerechnet werden.

Der „Deutschen Tageszeitung“ aber war diese Berechnung im In- teresse der Landwirtschaft annehmbar noch nicht günstig genug. Sie fügte daher den Zwischenfall ein, „ihr sei von Kartoffelbauern in der Umgegend Berlins mitgeteilt worden, daß sie für das Ab- ernten der Kartoffeln im Afford 60 Pf. für den Zentnerlad be- zahlen müßten“.

Von interessierter Seite wurde die „Deutsche Tageszeitung“ ersucht, die Adressen jener Kartoffelbauern mitzuteilen, die an- geblich diesen enorm hohen Arbeitslohn bezahlen müßten.

Diesem Wunsch erfüllte die „Deutsche Tageszeitung“ bezw. der Bund der Landwirte erdreichsweise. Sechs Besitzer, die in Alt-Landsberg, Plumburg (Weg. Potsdam), Wandlich (Marf), Schmachtenhagen, Chin (Marf) und Schwanebeck bei Buch (Weg. Potsdam) wohnen, wurden als Quelle genannt.

Es wurden nun bei der landwirtschaftlichen Arbeiterbevölke- rung jener Gebiete Nachforschungen gehalten. Dabei stellte sich heraus, daß die Behauptung in dieser allgemeinen Form schon gar nicht zutrifft. Es wird nur an einzelnen Stellen im Afford gearbeitet, anderswo in dem üblichen Tagelohn. Ferner wurden auch in der märkischen Landwirtschaft, wie überall, die Kartoffeln nicht in „Zentnersäcke“ gefüllt, sondern in die überall üblichen Kartoffelsäcke, die durchschnittlich 150—175 Pfund fassen. Daß die Säcke richtig gefüllt werden, dafür sorgt schon die Praxis bei der landwirtschaftlichen Arbeit.

Um den Vergleich zu ermöglichen, wurde die Arbeitsleistung pro Tag umgerechnet, was an Arbeitslohn für Erntearbeiten pro Zentner Kartoffeln entfällt. So belaufen sich die Erntekosten in Wandlich pro Zentner nicht auf 50 Pf., sondern auf nur 33 Pf. Bei dem genannten Landwirt in Wandlich arbeiten zwei Männer und acht bis zehn Frauen gemeinsam. Arbeitsleistung 35—40 Sack pro Tag, die nehmen wir an, nur 150 Pf. fassen. Männer- lohn 2 Mk., Frauen 1 Mk. pro Tag. Dazu Mittagessen und zum Frühstück und Welter Kaffee.

Wenn wir 60 Zentner tägliche Arbeitsleistung auf zehn Ar- beitskräfte rechnen, die zusammen 12 Mk. Bartlohn erhalten und die teilweise Beköstigung dieser Personen mit zusammen 8 Mk. in Ansatz bringen, dann kostet der Zentner nur 33 Pf.

In Schmachtenhagen wurde in Afford gearbeitet. Hier wurde pro Sack (1 1/2—1 3/4 Zentner) auf den Ränderreien, wo die Kartoffeln gut lohten, 40 Pf. gezahlt. Auf schlechter lohnenden Flächen 45 Pf. pro Sack. Hier entfallen also durchschnittlich pro Zentner nur 30 Pf. Erntekosten.

In der Gegend von Plumburg und Schwanebeck wurden bei diesen Landwirten pro Sack immer im Gewicht von ca. 175 Pfund gerechnet, 40, 45 und 60 Pf. gezahlt.

Auf den Gütern der Stadt Berlin in der Gegend von Buch werden bei der Kartoffelernte folgende Preise gezahlt: Gut Albertshof zahlt für die Siebe (75—80 Pfund) 9 Pf., Gut Schmiedhof und Gut Wörnicke zahlen 13 Pf. pro Zentner.

Das, was auf den Gütern der Stadt Berlin gezahlt wird, sind die üblichen Preise. Auch ein Beweis dafür, wie vorsichtig wir unsere Berechnung bei den vorgenannten Landwirten, wo ein höherer Satz herauskommt, vorgenommen haben.

In Chin (Osthavelland) wurden in diesem Jahre zuerst pro Siebe (75—80 Pf.) 10 Pf. gezahlt. Später wurden im ganzen pro Morgen bei einem Ertrag von 80—100 Zentner 12 Mark gezahlt. Es entfallen also hier etwa 13 Pf. Erntekosten pro Zentner. In Chin zahlt der Gemahrsmann der „Deutsch. Tages- zeitung“ den niedrigsten Lohn. Die anderen Landwirte zahlen etwa 16 Pf. pro Zentner.

Aus dem Vorhergesagten ergibt sich, daß nirgends der hohe Lohn von 50 Pf. pro Zentner gezahlt wurde. Für Kenner der Entlohnungsformen in der Landwirtschaft stand ja von vorn- herein fest, daß es sich nur um eine Uebertreibung handeln konnte. Hier war es aber einmal möglich, den Tatsachen nach- zugehen, wobei sich herausstellte, daß jene Gewährsmänner der „Deutschen Tageszeitung“ im allgemeinen nicht mehr bezahlen, als anderwärts üblich ist. Also nicht auf Kosten der leider so kümmerlich entlohnenden ländlichen Arbeiterschaft zugunsten der fleißigen Landwirte die Öffentlichkeit beeinflussen! Ferner ist es sehr gewagt, die Umgegend Berlins, wo mit Ausnahme einiger Striche sehr magerer Boden vorherrscht, als Winterber- eiche für die Kartoffelverforgung der städtischen Bevölkerung her- anzuziehen. Wir wissen nicht, ob wir dies mit dem ungenügenden Sachverständigen übereifrigen Agrarier, oder mit anderen nahe- liegenden Gründen entschuldigen sollen.

Im übrigen können wir mit Bestimmtheit feststellen, daß seit unseren Veröffentlichungen über die Lohnverhältnisse der Landarbeiter und die Festsellung der Tatsache, daß nennenswerte Lohnhöbungen bei der ländlichen Arbeiterschaft leider nicht er- folgt sind, das Versehen von den gesteigerten Produktionskosten der Landwirtschaft im Hinblick auf die angeblichen Lohnsteige- rungen verstimmt ist.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Aufmerksamkeiten für die Familienunterstützung.

In der dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die wirt- schaftlichen Maßnahmen des Reiches sind die Summen zusammen- gestellt, die bis jetzt an Familienunterstützung gezahlt worden sind. Sie betragen im

August 1914	23 991 049 48 Mk.
September 1914	46 161 230 28 "
Oktober 1914	52 566 284 02 "
November 1914	58 107 735 18 "
Dezember 1914	63 851 370 98 "
Januar 1915	65 057 165 68 "
Februar 1915	68 901 243 47 "
März 1915	74 685 761 24 "
April 1915	78 244 079 48 "
Mai 1915	82 008 306 73 "
Juni 1915	84 026 556 33 "
Juli 1915	89 706 839 43 "
August 1915	93 410 482 23 "
September 1915	94 117 270 42 "

Die Steigerung erklärt sich aus den fortgesetzt vermehrten Ein- ziehungen neuer Mannschaften. Für die ersten 14 Kriegsmo- nate wurden bezahlt 878 126 474,90 Mk. Die mittlerweile eingetretene Er- höhung der Familienunterstützung von 3 Mk. für die Frau und 1,50 Mk. für jedes Kind für den Monat bedeutet trotz ihrer absoluten Unzuläng- lichkeit bei der großen Zahl der Bezugsberechtigten eine neue, ganz erhebliche Steigerung dieser Summe.

„Daxer“ der Landwirtschaft.

Ein praktischer Landwirt aus Pommern schreibt dem „Vorwärts“: „Vor einiger Zeit ging durch die Zeitungen ein Aufsatz des Vor- sitzenden der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern an die Kartoffelbauenden Landwirte, in welchem es u. a. hieß:

„In diesen Tagen wird in unserer Provinz die Kartoffelernte zu Ende geführt werden. Es kann und muß nunmehr schleunigst da- für gesorgt werden, daß diejenigen Bezirke, welche ihren Winterbedarf an Kartoffeln noch nicht gedeckt haben, mit demselben versehen wer- den. Der Bundesrat hat die Bestimmungen hierfür festgelegt.“

Unseren Kartoffelbauenden Landwirten wird durch dieselben wiederum ein schweres wirtschaftliches und finanzielles Opfer auf- gelegt, aber es ist müßig, sich über die Nichtigkeit und Not-wendigkeit dieser Maßnahmen Erörterungen anzustellen; dazu wird sich zu anderer Zeit Gelegenheit finden.“

Die „groß und schwer“ das von den Kartoffelbauenden Landwirten dargebrachte Opfer im vorigen Jahre bei dem Kartoffelpreise von 4, 5, 8 und 9,60 Mk. pro Zentner gewesen ist, hat der Vorsitzende ver- schwiegen. Um nun ein kleines Bild von der „Größe und Schwere des Opfers“, welches den Landwirten in diesem Kartoffelreife Jahre auferlegt wird, zu gewinnen, ist es nötig, festzustellen, wie hoch dem Produzenten, d. h. dem Kartoffelbauer ein Zentner Kartoffeln zum Selbstkostenpreis zu stehen kommt. Da nur die Selbstkosten der Kar- toffelproduktion festgesetzt werden sollen, so kommt dabei nicht de- Tagelohn für ein Gespann, sondern nur der Preis für das Pferdewerk und Lohn und Kostgeld für den Knecht zur Anrechnung: Als Pferdewerk für 1 Pferd auf 1 Tag nehme ich an:

- 10 Pf. Safer, zum Selbstkostenpreis à Pfr. 6 Mk. = 60 Pf.
- 6 Pf. Heu, zum Selbstkostenpreis à Pfr. 3 Mk. = 20 Pf.
- 10 Pf. Stroh, zum Selbstkostenpreis à Pfr. 4 Mk. = 40 Pf.

Für den Knecht rechne ich die Kosten auf:

- a) Lohn pro Jahr: 835 Mk., also auf 1 Tag = 1 Mk. | 2 Mk.
- b) Kostgeld zum Selbstkostenpreis auf 1 Tag = 1 Mk. | 2 Mk.

Der nachstehenden Berechnung ist 1 Morgen Acker zum Kartoffel- bau angenommen worden. Hierbei kommen folgende Arbeiten und Ausgaben in Betracht:

- Das Schälen des Ackers im Sommer, 1 Gespann 1/2 Tag.
 - a) Pferdewerk für 2 Pferde auf 1/2 Tag . . . 1,20 Mk.
 - b) Lohn und Kostgeld für den Knecht auf 1/2 Tag 1,00 Mk.
 - c) für das Umtreiben des geschälten Acker Ge- spann und Knecht 1/2 Tag = 0,60 + 0,50 Mk. 1,10 Mk.
- Das Pflügen und Eggen des Ackers im Herbst. Es ent- stehen für diese Arbeit nicht höhere Selbstkosten wie für das Schälen des Ackers . . . 8,80
- Die Düngung des Ackers verursacht folgende Kosten:
 - a) 12 Fuder Dung à Selbstkostenpreise v. à 3 Mk. 36,00 Mk.
 - b) 2 X Düngfahr. = 2 X Pferdewerk auf 1,20 Mk. 4,80 Mk.
 - c) für den Knecht auf 2 Tage Lohn und Kost . . . 4,00 Mk.
 - d) für Düngaufladen 1 Mann 1 Tag . . . 3,00 Mk.
 - e) Düngstreuen . . . 3,00 Mk.

Da der Dung von den Kartoffeln im ersten Jahre nur zu etwa der Hälfte ausgenutzt wird und die andere Hälfte des Düngwertes der Nachfrucht zugute kommt, kann die Kar- toffel auch nur mit der Hälfte der Düngungskosten belastet werden.

- Die Pflanzung von Kartoffeln erfordert pro Morgen:
 - a) 8 Zentner Saatkartoffeln à Selbstkostenpreis von 1,50 Mk. . . . 12,00 Mk.
 - b) Das Umpflanzen der Kartoffeln 2 Frauen 1/2 Tag 2,00 Mk.
 - c) Das Umpflügen 1 Gespann u. 1 Knecht 1/2 T. 2,20 Mk.

- Die Sommerbearbeitung der Kartoffel erfordert:
 - a) Engen der Kartoffeln 1 Gesp. u. 1 Knecht 1/2 T. 1,10 Mk.
 - b) Umpflügen u. Umpflanzen 1/2 Gesp. u. Knecht 1/2 T. 1,00 Mk.
 - c) 2mal Umpflügen der Kartoffeln = 2 X 1 Pferd und 1 Knecht 1/2 Tag . . . 3,20 Mk.

- Die Ernte der Kartoffeln:
 - a) Sammellohn f. ca. 80 Pfr. Kartoffeln 0,20 Mk. 16,00 Mk.
 - b) Das Einfahren der Kartoffeln 1 Gespann und 1 Knecht 1 Tag . . . 4,40 Mk.
 - c) 1 Arbeiter 1 Tag zur Hülfeleistung . . . 8,00 Mk.

- Die Vergütung des Ackers. Angenommener Marktwert von 1 Morgen = 400 Mk. zu 5 Prozent Zinsen . . . 20,00
- Einige Abnutzungen an Pferden, Wagen und Ackergeräten bezw. unvorhergesehene kleinere Ausgaben . . . 2,50

Die Selbstproduktionskosten für 1 Morgen Kart. betragen 100,00 Bei der heutigen intensiven Veranschlagung des Ackers ist man wohl berechtigt, eine Mittelrente von 80—100 Zentner pro Morgen an- zunehmen, demnach kostet dem Produzenten der Zentner Kartoffeln 1,00—1,25 Mark.

Beachten will ich, daß die vorstehende Aufstellung der Produktions- kosten durchaus keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit machen will. In vielen kleinen Landwirtschaften, in welchen kein Knecht gelohnt und beschäftigt wird, werden mehrere Arbeiten bei dem Kartoffelbau, z. B. das Düngaufladen, Düngstreuen, Kartoffellegen und Einfahren der- selben ohne Verbezahlung durch die eigenen Familienmitglieder aus- geführt. Durch diese Ersparnis wird sich der Selbstkostenpreis für den Zentner Kartoffeln bedeutend ermäßigen, der Gewinn des Kartoffel- bauers aber ein um so höherer werden. Immerhin zeigt uns das Bild, daß die Opfer, welche die Kartoffelbauenden Landwirte, wenn sie ihre überflüssigen Kartoffeln zu Markte bringen und zu dem von dem Bundesrat festgesetzten Preise von 3 Mark pro Zentner verkaufen, im Sinne der Konsumenten noch keine sehr „schweren“ sind, die sie zu bringen haben. Nicht nur die Kartoffeln hat der Kartoffelbauende Landwirt um ein Bedeutendes „billiger“ als der kleine Mann und die Städter, welche keinen Kartoffelbau treiben können, sondern auch die anderen Produkte der Landwirtschaft, z. B. Fleisch, Butter, Eier, Obst und Gemüse, welche er in seiner Wirtschaft verbraucht, kommen ihm viel billiger zu stehen, als dem Konsumenten, der diese Nahrungsmittel zu dem Marktpreise einkaufen muß.“

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung.

In der Sitzung der Reichshauswirtschaftskommission am 15. Dezember wurde der Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 70 auf 65 Jahre einstimmig ange- nommen. Der sozialdemokratische Abg. Herrn. Wollenkühn, einer der besten Kenner unserer sozialen Gesetzgebung, führte dazu u. a. begründend aus:

„Die Altersversicherung ist sehr populär, denn man weiß, wie schwer es für alte Leute ist, ein Arbeitsunterkommen zu finden. Ein Unglück ist es für diese Leute, wenn sie noch so viel Arbeitskraft haben, so daß sie die Invalidenrente nicht erhalten können. Für die Ver- sicherung ist das ein Vorteil; sie hat aber auch Nutzen davon, wenn der Versicherte vor Invalidität bewahrt und als Beitragszahler er- halten wird. Von 608 169 Personen, die in den Jahren 1900—1913 Invalidenrente erhalten haben, waren 308 104 über 60 Jahre alt. Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre ist schon deshalb nötig, um die Reichsversicherungsordnung mit der Angestelltenversicherung in Einklang zu bringen. Für Angestellte mit weniger als 2000 Mk. Gehalt soll ein Gehalt das andere ergänzen. Die Regierung sträubt sich nur deshalb dagegen, weil es Geld kostet. Die Kosten betragen höchstens 4 1/2 Millionen Mark. Das wird man nach dem Kriege wohl auch noch aufbringen können. Der Einwand, daß die Herabsetzung der Alters- grenze eine Beitragserhöhung nötig mache, ist nicht ernst zu nehmen, denn eine so geringe Beitragserhöhung kann gar nicht erhoben werden. Die Erhöhung der Wochenbeiträge um nur 2 Pf. pro Woche würde allein schon 16 Millionen Mark bringen. Die Regierung hat von jeher erklärt, daß die Reichsversicherung dem Bankrott entgegenstehe; hat dessen werden die finanziellen Unterlagen ständig gesicherter. Ein großer Teil der rechnerischen Unwirtschaften wird in Wirklichkeit. Die An- wärter scheiden zum Teil aus der Versicherung aus: Frauen, die sich verheiraten und aus der Versicherungspflicht ausscheiden; Versicherte, die selbständig werden; Versicherte, deren Einkommen so steigt, daß sie die Versicherung aufgeben; Versicherte, die sterben; durch Auswan- derung, speziell ausländische Umlauber. Die theoretisch banaleren Ver- sicherungseinrichtung sammelt in der Praxis mächtigste erhebende Kapitalien an. Es gibt auf der Welt kein Geldinstitut, welches über ein annähernd so großes Vermögen verfügt wie die Träger der In- validenversicherung. Man kann den Mathematikern keinen Vorwurf machen, wenn sie vorsichtige Rechnungen aufstellen; man sollte aber nicht versuchen, Fehler zu erhalten. Die Arbeiterversicherung ist etwas anderes als ein Versicherungsgeschäft. Die Versicherten können die Versicherung nicht aufgeben. Bei Berechnung der wahrscheinlichen Be- lastung werden nicht nur alle ungünstigen Faktoren eingerechnet, sondern künstlich welche konstruiert. Ein klassisches Beispiel war die Belastungs- berechnung für die Berufsgenossenschaft 1910 auf je 1000 Versicherte 153 Millionen Mark; tatsächlich hatte sie 17, also genau ein Neuntel der erwarteten Zahl. Ungünstige Unterlagen hat man bei dem Abschluß Hinterbliebenenversicherung künstlich konstruiert. Man hatte gute Un- terlagen, aber man benutzte sie nicht. Im Juni 1907 waren die Waisen gezahlt und festgesetzt, daß 84 645 unter 15 Jahre alte waisenlose Kinder in Deutschland lebten. Man braucht nur die auszufordern, deren Väter nicht versichert waren, und man hätte eine gute Unterlage gehabt.“

Das tat man nicht, und so wurde künstlich eine höhere Zahl konstruiert. Jener ermittelte man, daß 1882 774 480 Arbeiterwitwen gezahlt wurden, und sagte, wo Witwen sind, sind auch Waisen. Man nun eine Zahl zu haben, wurde behauptet, daß jede Witwe so viel Kinder habe, wie die Witwen der durch Unfall getöteten Arbeiter im Jahre 1908 hatten, nämlich 10 000 Witwen, 18 407 Kinder. Dazu wurden noch 2,5 Proz. Waisen gezählt, und man kam nun auf 1 057 700 Waisen. Diese Ziffern sind antastbar. Nach alledem ergibt sich, daß die Re- gierung mit nicht zureichenden Unterlagen arbeitet. Die ganzen Mehr- osten belaufen sich auf 4 1/2 Millionen Mark. Mit Rücksicht darauf hat der Reichstag die Pflicht, die Herabsetzung der Altersgrenze durch- zuführen.“

Abkürzung der Wartezeit in der Angefallenenversicherung.

Der Bundesrat hat am 9. Dezember auf Grund des § 8 des Ge- setzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maß- nahmen usw. vom 4. August 1914 folgende Verordnung erlassen: Die im § 805 des Versicherungsgesetzes für Angefallene bestimmte Frist, innerhalb welcher eine Abkürzung der Wartezeit zum Bezuge der Leistungen dieses Gesetzes gestattet werden kann, wird für alle Per- sonen, die vor dem 1. Januar 1915 zu den Angefallenen im Sinne des § 805 gehören, bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahres verlängert, welches auf das Jahr folgt, in welchem der Krieg beendet ist.

Rein Sechswöchengehalt bei Einberufungen.

Zu der streitigen Frage, ob der zum Seeresdienst eingezogene Handlungshelfer noch Anspruch auf Gehaltszahlung für die Dauer von 6 Wochen hat, hat nunmehr auch das Kammergericht in Berlin Stellung genommen. Es ist dies der erste Fall, in dem ein Ober- landesgericht über die streitige Frage geurteilt hat. Das Kammer- gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der eingezogene Hand- lungshelfer keinen Anspruch auf Zahlung von Lohn für 6 Wochen hat, da die Einziehung nicht als „unverschuldetes Unglück“ im Sinne des § 63 des Handelsgesetzbuches anzusehen sei.

Aus unseren Rechtshilfsbüros.

Kriegsdienst und Unfallrente.

In den Arbeitersekretariaten ist während der Kriegszeit die Er- fahrung gemacht worden, daß die Versicherungsanstalten während der Einberufung Unfallversicherter zum Seeresdienst eine Unfallrente herab- setzen oder sie entziehen. Ein leitender nicht zugunsten der betr. Berufsgenossenschaft entscheidender Fall dieser Art, der auch für weitere Kreise von Interesse ist, beschäftigt auch das Anknappungs-Oberver- sicherungskamt in Erfurt. Ein Bergmann klagte gegen die Anknappungs-Berufsgenossenschaft Sektion IV in Halle a. S., die ihm die bis- her gezahlte Rente in eine Dauerrente in Höhe von 40 Prozent um- wandeln wollte. Der Bergmann verlangte dagegen die Gewährung einer Rente von 75 Prozent, weil er infolge eines Unfalles, den er im April 1914 erlitten hatte, arbeitsunfähig und fast hilflos sei, so daß er sich nicht einmal allein an- und ausziehen konnte. Der Vorsitzende glaubte mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Kläger ein Söhne von Verfall und von sehr gelübtem Aussehen war, diesem den Vorfall machen zu müssen, weshalb er nicht arbeiten; er würde sich dann an die Unfallfolgen besser gewöhnt haben. Demgegenüber befandete dann der zum Wort kommende Vertrauensarzt Dr. Häuber in Erfurt, daß sich der Gesundheitszustand des Verletzten erheblich verschlechtert habe und schwere nervöse Störungen bei ihm festzustellen seien. Der Verletzte sei zu 75 Prozent arbeitsunfähig. Die Anrechnung des Vorfallenden, bei dem Truppenteil des Verletzten Auskunft über den Grad der Dienst- verwehbarkeit eingeholen, lehnte der ärztliche Sachverständige ab, weil eine solche Auskunft an seinem Gutachten nichts zu ändern vermöge. Weiter befandete der Sachverständige, der zugleich Leiter eines Meserbe- tagereits ist, auf die Frage des Vorfallenden, daß es vorzuziehen sei, Personen zum Kriegsdienst eingezogen würden, die untauglich seien. Dem Verletzten wurde die beantragte Rente von 75 Prozent vom Anknappungs-Oberversicherungsamt zugesprochen.

Neuheiten aus der Montanindustrie.

Die Nachfrage nach Brennstoffen auf dem Ruhrkohlenmarkt läßt nach der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ nichts zu wünschen übrig. Es wäre eine Steigerung des Bergbaues gegen die beiden letzten Monate möglich gewesen, wenn es gelungen wäre, eine größere Anzahl von Wagengestellung zu erhalten, da die Leistungsfähigkeit der Zechen über die Verandmöglichkeit hinausgeht.“ Für die — Werksbesitzer sind das sehr angenehme Ausblicke. —

Deutsches Rotklee-erzeugung

hat nach Kriegsbeginn einen starken Rückschlag erlitten, sich seitdem aber fortgesetzt gesteigert. Vergleichlich mit dem Vorjahre ergeben sich folgende Produktionsziffern (in Tonnen):

	1914	1915
Januar	1 566 605	874 133
Februar	1 445 511	803 623
März	1 002 696	938 428
April	1 531 429	938 679
Mai	1 607 193	985 068
Juni	1 521 313	993 496
Juli	1 564 345	1 047 503
August	586 661	1 050 610
September	580 087	1 034 124
Oktober	720 822	1 076 843
November	788 956	1 019 121
Dezember	854 188	—

Syndizierung der Grobbleche.

Am 15. Dezember 1915 ist nach längeren Verhandlungen die Grün- dung des Grobblecherverbandes für das Inland vom 14. Dezember ab erfolgt, indem beschlossen wurde, daß alle Verkäufe von diesem Tage ab als für Rechnung des Verbandes geführt angesehen werden. Der „Deutschen Bergw.-Ztg.“ vom 17. Dezember wird darüber weiter ge- schrieben:

„Der Verband ist zunächst für die Dauer eines halben Jahres und zwar bis zum 30. Juni 1916 begründet worden. Die Geschäfts- stelle läuft neben dem Schriftauslasskontor in Essen her, da man auf diese Weise die Gründung einer besonderen Gesellschaft vermeiden konnte. Gleichzeitig ist das Schriftauslasskontor auch die Geschäfts- stelle des Grobblecherverbandes für das Ausland, der bekanntlich schon seit Jahresmitte besteht. Der Verband hat ferner beschlossen, mit sofortiger Gültigkeit für alle weiteren Abschlüsse für Spezifika- tionen bis zum 31. März 1916 die Verkaufspreise zu erhöhen und zwar um 5 Mark pro Tonne. Danach sollen jetzt gewöhnliche Grobbleche in Thomasqualität 155 Mk., Kesselfische 165 Mk., und Konstruktionsbleche 162,50 Mk. Ferner ist beschlossen worden, eine andere Berechnung der Preise dadurch vorzunehmen, daß der bisher übliche Satz von 1 1/2 Prozent Skonto aufgehoben wird und alle weiteren Abschlüsse nur rein bar getätigt werden sollen.“

Der neue Verband beginnt also seine Tätigkeit mit einer so so- rti- gigen Erhöhung der Verkaufspreise. Wann lernen es die Arbeiter, ihren Vorteil so rücksichtslos und schnell wahrzunehmen?

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Gemeinere Arbeitsgemeinschaft der Gärtnerorganisationen.

Seit etwa acht Jahren besteht neben dem freigewerkschaftlichen und dem christlichen Verbände noch eine dritte Arbeiterorganisation, der Verband deutscher Privatgärtner, der im besonderen die Gärtner in Schloß-, Gut-, Villen- und bezüglichen Gärtnerbetrieben aufnimmt. In der Zeitfrist des freigewerkschaftlichen Deutschen Gärtnervereins wurde nun Anfang September der Vorschlag gemacht, die drei be- stehenden Verbände zu einer Art Arbeitsgemeinschaft zusammenzu- schließen, um im Rahmen dieser alle jene Streitigkeiten gemeinschaftlich zu lösen, über welche grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht zu fördern, über welche grundsätzliche Ansichten vorhanden ist, daß sich bestehen oder bei welchen begründete Ansichten vorhanden ist, daß sich eine Basis für ein gemeinsames Wirken schaffen läßt. Der Vorschlag fand vielfache Zustimmung, allerdings auch starke Bedenken, und das in allen drei Lagern. Am meisten Neigung für eine Arbeitsgemeinschaft zeigte sich beim freigewerkschaftlichen Verbände, dessen Haupt- vorstand dann auch den Hauptvorständen der anderen beiden Verbände eine gemeinsame verbindliche Aussprache vorschlug. Der christliche Verband willigte sofort ein. Anders jedoch der Verband deutscher Privatgärtner, dessen Hauptvorsitzender, der städtische Ober-Garten-

An unsere Mitglieder, Vertrauensleute und Kassierer!

Mit dem 31. Januar 1916 ist das Geschäftsjahr 1915 abgelaufen. Es ist notwendig, daß bis dahin alle restierenden Beiträge hereinkommen. Deshalb ersuchen wir die Mitglieder, die Unterkassierer bei ihrer in der jetzigen schweren Zeit mit viel Mühe zu verrichtenden Arbeit zu unterstützen. Jedes Mitglied muß bestrebt sein, am Jahreschluß nicht als Restant zu gelten.

Inspektor G. N. Jung in Wien, ohne erst eine besondere Stellungnahme seines Gesamtvorstandes abzuwarten, den Bescheid gab, daß man mit dem Plan nichts zu tun haben solle. Damit war der erste Versuch einer Gemeinschaftsarbeit der drei Verbände gescheitert. Eine besondere Konferenz der Vorstände des freigewerkschaftlichen und des christlichen Verbandes erwies sich als zurzeit überflüssig, da zwischen diesen beiden schon bei einer früheren Gelegenheit Beziehungen angeknüpft worden sind und somit eine unvermeidliche Aussprache gegenstandslos gewesen wäre. — Auf die Dauer wird die heute noch ablehnende Widerheit des Privatgüterverbandes diesen ihren gemeinschaftlichen Standpunkt kaum zu behaupten vermögen. Der freigewerkschaftliche Verband wird aber für seinen Teil durch jene Haltung sicherlich keinen Schaden haben.

Internationale Rundschau.

Kodelfeller, der Wohltäter.

Die Berichte der Industriekommission, die die Verhältnisse in der amerikanischen Arbeitererschaft ausführlich darstellten und in der ganzen Welt Aufsehen erregten, ertrachten u. a. auch ein umfangreiches Material für die unerhörte Art, mit der die Kodelfellerschen Betriebe die Arbeitererschaft ausbeuten und knebeln. Der peinliche Eindruck, den diese sachlichen Berichte selbst in den Kreisen der amerikanischen Plutokratie hervorriefen, konnte auch nicht durch den schwächlichen Protest innerhalb der Industriekommission schwächt werden. Auch nicht durch einen Gegenbericht, den die protestierenden — weil dem Kodelfellertrutz nahestehenden — Mitglieder der Kommission veröffentlichten. So setzte sich denn der junge Kodelfeller selbst mit dem ganzen Schwergewicht seiner einflussreichen Persönlichkeit für eine kräftige Gegenwirkung ein. Und zwar wandte er dabei ein neuartiges Verfahren an. Er polemisierte nicht etwa. Er verteidigte sich nicht. Er unternahm, ganz in der bewährten Art der hohen Herren, eine Meise in seine Fabrik- und Minettegebiete. Wo vorher Barrikadenkampf und Streit war, wurden Feste angelegt. Grenzposten und Mäufel stellten die, die früher die Streikbrecher bewaffnet hatten. Alles sollte eitel Freude und Friede atmen. Ein Stach von Verzierterattem umgab den hohen Meisenden. Täglich berichteten diese an die Presse die rührendsten Anekdoten von der Einfachheit und Lautlosigkeit des allmächtigen Minentönigs in ausführlichen Telegrammen. Da ging er die langen Meisen der Arbeiter entlang und grüßte jeden Einzelnen bewegt von seinem guten alten Vater, der zu leidend sei, selbst zu kommen, der ihn aber schade, nach dem Wohl der Arbeiter zu sehen, das ihm sehr am Herzen läge. Da kaufte er sich eine Art und gefiel sich in der Masterade, auch ein paar Stunden im Nohlenjacht Arbeit zu markieren. Da lehnte er das Angebot der luxuriösesten Hotels ab, die sich bei seiner Ankunft schon die Hände rieben, um beschreiben zu erklären, daß er bei seinen Freunden, den Arbeitern in ihrer Herberge schlafen werde. Und abends fanden dann in den Kludräumen der Arbeiter zwanglose Konzerte statt, in denen die Fachleute der Kodelfellerschen Wohlfahrtsvereinigungen den Arbeitern Vorträge darüber hielten, wie vorzüglich der Wohlfahrtsplan der Gesellschaft sei, wie viel mehr er das Wohl der Arbeiter gewähre, als jede Organisation. Und wenn dieser Plan so recht mündgerecht dargestellt wurde, wurde wohl ein Arbeiter gefragt, ob er sich etwas Besseres vorstellen könne; und wenn der mit der Frage überfordert wurde, antwortete er, ging es sofort als wichtige telegraphische Mitteilung durchs Land: „Die Arbeiter versichern alle, daß nirgends ihre Interessen besser gewahrt sind“ usw. Kodelfeller errichtete Antiveritäten, wo Nationalökonomien seine „sozialen“ Maßnahmen begründeten. Er macht Stiftungen, die seine Arbeiter in slavische Abhängigkeit von ihm zu bringen geeignet sind. Er unterhält eine Presse, die seine Interessen verteil, sei es auch noch so beschützt. Er unterhält eine bewaffnete Streikbrecherarmee, die mit Gewalt Lohnbewegungen unterdrückt. Und das alles, denkt er, könne die Komödie, einige Tage Bergarbeiter zu spielen, verfeinern machen.

„Merkwürdige Zahlen“.

Unter dieser Überschrift lesen wir in dem holländischen Parteiblatt „Friedrich Volksblad“ (Nr. 27, 1915): Von den durch den holländischen Gewerkschaftsbund ausgeführten Unterführungen für die streikenden und ausgepöbelten Tabakarbeiter kam ein Betrag von 47 000 Mark aus dem Auslande. Dabei ist typisch, wenn man den Beiträgen aus den einzelnen Ländern nachgeht, wie Frankreich, das Land der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung, sehr zurückbleibt gegenüber Deutschland, wo die moderne Gewerkschaftsbewegung den meisten Einfluß hat. Das geht deutlich genug aus nachfolgendem hervor. Es kamen aus Frankreich 80,64 Mk., Dänemark 3363,23, Schweden 2243,40, Norwegen 3381,34, Deutschland 30 000,00, Oesterreich 3173,37, Rumänien 80,00 Mark. Wo bleibt die die Solidarität, deren Mosopol angeblich die „Freien“ (Syndikalisten) zu besitzen vorgeben. Bei den Franzosen kommt sie gerade nicht sehr glänzend zum Vorschein. Das holländische Blatt hätte noch hinzuzufügen können, daß sich noch einige Spalten mit derartigen „merkwürdigen Zahlen“ derselben Gattung füllen ließen. Wer einmal die „Theorie und Praxis der Internationale“ befruchtet, wird darüber sehr lehrreiches Material zusammentragen können.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

Wir lesen in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 297) vom 19. Dezember 1915:

„In einigen Tagen läuten die Glocken zum zweiten Male das Christfest ein, seit der Weltkrieg ausgebrochen ist. Der Winter, der uns daran erinnert, daß vor bald zweitausend Jahren das christliche Zeitalter eingeleitet wurde mit den Worten: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, wird vernehmen, in diesen Tagen reichen Stoff für die Verteidigung seiner Weltanschauung zu haben. Millionen Menschenleben auf den Schlachtfeldern vernichtet, hunderte von Dörfern und Städten dem Erdboden gleichgemacht, Hunderttausende vertrieben von Haus und Herd, heimlos dem Elend preisgegeben, Vernichtung und Not, wo das Auge hinblickt, viele Millionen in einem Kreis von Eisen und Feuer, der sich um das gesittete Europa zieht, Todeswaffen in der Hand und auf der Lauer liegend, weitere Hunderttausende von Menschenleben zu vernichten und unzählige Geistesstätten Waterloo zu machen — fürwahr, ein Spott und ein Schand auf die ewige Friedensverheißung von Bethlehem!“

Und wir müssen dem Winter zu Recht im Sinne dieser Botschaft ist das Christentum in diesen 1915 Jahren nicht. Es hat nicht vermocht, den Friedenswunsch in seiner schlimmsten Form, den Krieg, aus der Welt zu jagen. Im Gegenteil: Die Kriege sind in der christlichen Zeitrechnung zahlreicher und blutiger geworden und heute, da das dritte Jahrtausend dieses Zeitalters beinahe schon dämmert, leidet die ganze Menschheit unter einem Kriege, wie er schrecklicher und unheimlicher niemals über menschliche Geschlechter dahingeraht ist. Seit beinahe zwei Jahrtausenden haben die besten und warmherzigsten unter allen Völkern gestrebt und gepredigt, das alttestamentliche „Auge um Auge und Zahn um Zahn“ zu ersetzen durch das: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ — und das ist das Ergebnis!“

Das sind freimütige, treffende Worte, und es ist immerhin bemerkenswert, daß sie in einem Berufsblätterblatt ausgesprochen werden. Das Blatt meint weiter, „man möchte bezweifeln an der Menschheit, wenn wir Deutsche dem nicht „unser gutes Gewissen“ entgegenstellen

und mit reinem Gewissen von neuem feststellen könnten: „Wir haben diesen Krieg nicht gewollt und wir haben ihn nicht heraufbeschworen.“ Das ist nicht entscheidend, wer Schuld oder nicht Schuld ist, sondern entscheidend ist, daß das Christentum den Krieg nicht verhindern konnte. Seit fast 2000 Jahren läßt die Friedensbotschaft: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ alljährlich von allen Ranzeln der Christenheit und noch immer kämpfen — Christen gegen Christen. Die entschiedensten und mutigsten Vorkämpfer der christlichen Friedensbotschaft aber, die Sozialdemokraten, werden bekämpft durch — Christen.

Sicherheitsmänner- und Arbeiterauswahlwahl.

Besche Admiral. Am 14. Januar findet Sicherheitsmänner- und Arbeiterauswahlwahl statt. Vom 14. bis 28. Dezember liegt die Wahlerliste auf der Marktkontrolle offen. Alle Kameraden, die ein Jahr auf Besche Admiral in Arbeit stehen und 21 Jahre alt sind, können wählen. Deshalb sichere jeder sein Wahlrecht.

Saargebiet und Reichslände.

Haushaltskosten eines Saarbergmanns.

Wie wenig die Bergarbeiterlöhne im Saargebiet mit den Haushaltskosten im Einklang stehen, zeigt die Einnahme und Ausgabe eines Saarbergmanns aus Dübweiler, der eine vierköpfige Familie zu unterhalten hat, im November 1915. Derselbe hatte im November nur eine Einnahme von 142,92 Mk., dagegen eine Ausgabe von 154,10 Mk., mithin überschlag die Ausgabe die Einnahme um 11,18 Mk. Die Ausgabe bestellte sich im einzelnen wie folgt:

18 Brote	14,40 Mk.
2 Zentner Kartoffeln	7,60 "
9 Pfund Fleisch	9,00 "
4 Pfund Butter	9,20 "
10 Pfund Fett	22,00 "
1 Dutzend Eier	2,40 "
1/2 Liter Salatöl	1,00 "
30 Schoppen Milch	5,90 "
2 Pfund Kaffee	3,20 "
4 Pfund Zucker	1,28 "
8 Pfund Saufrüchte	5,80 "
4 Pfund Salz	0,48 "
4 Pfund Reis	2,80 "
4 Pfund Feinwaren	2,40 "
Gemüse und Salat	6,00 "
Gemüse zum Einmachen	8,00 "
8 Pfund Mehl	2,96 "
20 Pfund Äpfel	2,00 "
Zwiebeln und Gewürze	1,00 "
Seife und Seifenpulver	4,50 "
Streichhölzer	0,38 "
Schuhe und Wäsche	1,00 "
Gasmiete	18,00 "
Steuern (1 Vierteljahr)	12,00 "
10 Zentner Kohlen	7,00 "
Gasbeleuchtung	2,30 "
Zeitung	0,80 "
Verzinsgeld	1,80 "
Organisation	1,80 "

Zusammen 154,10 Mk.

Niemand wird sagen können, daß diese Haushaltskosten hoch sind, im Gegenteil, sie beschränken sich auf das Allernotwendigste. So wurde z. B. für Kleider, Schuhe und sonstige Bedarfsartikel sowie für geistige Getränke und Unterhaltung kein Pfennig aufgewandt und trotzdem übersteigt die Ausgabe die Einnahme um 11,18 Mk. in einem Monat. Und dieser Saarbergmann bildet keine Ausnahme, sondern die Regel. So betrug im 3. Vierteljahr 1915 der Durchschnittslohn pro Schicht im Saargebiet für Dauer- und Lehrhauer 5,22 Mk., für sonstige Untertagsarbeiter 4,26 Mk., für erwerbende Ubertagsarbeiter 4,10 Mk. Nehmen wir nun an, jeder Saarbergmann verfährt monatlich im Durchschnitt 26, das sind im Vierteljahr 78, im Jahre 312 Schichten, so ergibt sich ein Monatslohn für

Dauer- und Lehrhauer von 5,22 Mk. x 26 Schichten = 135,72 Mk.
sonstige Untertagsarbeiter von 4,26 Mk. x 26 Schichten = 110,76 Mk.
erwerbende Ubertagsarbeiter von 4,10 Mk. x 26 Schichten = 106,60 Mk.

Da es sich meist um Familienväter handelt, läßt sich danach ermessen, in welcher Notlage sich die meisten Familien der Saarbergleute befinden.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Eingabe um Teuerungszulage an die Mansfelder Gewerkschaft.

Halle, den 7. Dezember 1915.

An die verehrl. Direktion der Mansfelder Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft

Esleben.

Die ergebenst unterzeichnete Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gestattet sich, gestützt auf einen entsprechenden Auftrag seitens der Mitglieder der Bezugsstellen der Ihrer Leitung unterstellten Werke, folgenden Gesuch zu unterbreiten:

Verehrl. Direktion wolle allen bei der Mansfelder Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft beschäftigten Arbeitern eine Teuerungszulage gewähren und zwar für verheiratete Arbeiter 0,60 Mk. und für ledige Arbeiter 0,40 Mk. pro Schicht.

Zur Begründung vorstehenden Gesuches gestatten wir uns anzuführen:

Der langandauernde Weltkrieg hat durch die bekannten Umstände eine sehr erhebliche Preissteigerung aller Lebensmittel und Verbrauchartikel zur Folge gehabt. Die eingetretene Preissteigerung beträgt für die wichtigsten Lebensmittel 80—100 Prozent, teilweise sogar noch mehr. Daraus hat die Arbeitererschaft nicht ihren Familien naturgemäß schwer zu leiden, da eine entsprechende Steigerung der Arbeitslöhne nicht eingetreten ist. Wir geben auch ohne weiteres zu, daß eine solche Erhöhung der Löhne, daß dadurch ein völliger Ausgleich gegenüber den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen herbeigeführt würde, zurzeit nicht möglich ist. Immerhin kann uneres Erachtens seitens der Herren Arbeitgeber nach etwas getan werden, das Los der Arbeiter und ihrer Familien zu lindern. Das ist auch um so dringender notwendig, weil jetzt die Arbeiter gar nicht in der Lage sind, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen.

Die veröffentlichte Lohnstatistik im „Reichsarbeiter“ zeigt, daß die Durchschnittslohne der gesamten Belegschaft der Mansfelder Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft um einiges gestiegen sind. Diese Lohnsteigerungen der Lebensmittel und notwendigen Verbrauchartikel. Vor allen Dingen können die bei der Mansfelder Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft beschäftigten Arbeiter nicht als Lohnsteigerung betrachtet werden. Es kann dies doch nur eine Prämie für geleistete Ueberarbeiten in dieser schweren Zeit für die beteiligten Arbeiter sein. Zu dieser Annahme sind die Arbeiter um so mehr berechtigt, da in anderen nicht so gefürchteten Aufreißern und Verufen in normaler Zeit bei Ausübung solcher Arbeitsleistungen ein ganz bedeutend höherer Prozentausschlag gewährt wird.

Die Lohnsteigerung für die normalen Schichten ist aber so minimal, daß sie den wirklichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen und würde bedeutend erheblicher bemerkbar werden, wenn diese Ueberarbeiten und -schichten in Wegfall kämen. Dies zeigt sich am besten bei den Ubertagsarbeitern. Die Löhne sind dort um 30 Pf. pro Schicht erhöht worden. Daß eine derart niedrige Erhöhung kein Ausgleich für die bestehenden Verhältnisse sein kann, braucht wohl nicht bemerkt zu

werden. Die dadurch geschaffene Notlage der Arbeiter wird bedeutenden Einfluß auf die Ernährungsweise haben und die Leistungsfähigkeit verringern, ferner ist es auch eine Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter. Ganz besonders wünschen dieselben, daß die verehrl. Direktion die Unterbeamten anweise, die Ubertagslöhne vor Ertrag so zu stellen, daß 6,00 Mk. verdient werden können. Häufig kommt es vor, daß bei einem verdienten Lohn von unter 5,00 Mk. die Bedinge noch gelüftet werden. Auch bitten die Arbeiter, daß die bestehenden großen Ungleichheiten in Verdienen bei den Untertagsarbeitern gemildert und nach Möglichkeit beseitigt werden. Es wird von den Arbeitern als eine Ungerechtigkeit angesehen, daß immer ein kleiner Teil darunter ist, welcher 6,00 Mk. und darüber verdient, während der größte Teil der Arbeiter durchschnittlich in der jetzigen Zeit nicht viel über 4,00 Mk. verdient.

Ferner wird als ein sehr großer Mangel die ungleiche Abschlagszahlung empfunden. Daher stellen die Arbeiter das bringende Ersuchen an die verehrl. Direktion, durchweg für alle Arbeiter die Abschlagszahlung um 200 Mk. zu erhöhen, vorausgesetzt, daß dieser Betrag als Lohn abzüglich der Einkommensteuer bedient ist. Wünsche der Arbeiter nach Erhöhung des Einkommens sind nicht nur mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung, sondern auch mit Rücksicht auf die Lage des Kupfermarktes und die Betriebsergebnisse berechtigt und erfüllbar. Es kann auch darauf hingewiesen werden, daß in dieser schweren Zeit alle Bevölkerungsschichten Opfer bringen müssen und hoffen wie auch darum, daß die Herren Arbeitgeber der Mansfelder Gewerkschaft nach Möglichkeit bestrebt sein werden, auch ihrerseits Opfer zu bringen, um die allgemein eingetretene Not zu lindern.

An die Direktionen im Steinforten-, Braunkohlen- und Kalibergbau sind bereits Eingaben um Gewährung einer Teuerungszulage gemacht worden und haben überall wohlwollende Berücksichtigung gefunden. Es kann sogar mitgeteilt werden, daß verschiedene Betriebsverwaltungen in Anerkennung der so schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter die Teuerungszulage Anfang November abwärts erhöht haben. Es gibt darunter Werke, die ihren Arbeitern bis zu 20,00 Mk. über den Lohn Zulage gewähren.

In der Hoffnung, daß dieses Gesuch einer maßvollenden Prüfung unterzogen und die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden, gelüchne mit hochachtungsvollem Gruß

S. U. Herm. Garbe.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 52. Woche (vom 19. bis 25. Dezember 1915) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Rechtshaus betreffend.

Beziel Crafsenberg. Die Sprechstunden für Rechtshaus und Organisationsfragen finden von jetzt ab wieder jede Woche Mittwoch und Donnerstag von vorrntags 9—12 und nachmittags von 3—8 Uhr statt. Mitgliedschaftsnachweis ist stets mitzubringen. Auch werden die Kameraden gebeten, sich an die vorstehend angegebenen Tage und Stunden zu halten, um unnötige Wege zu sparen.

Büchereffnungen.

In folgenden Zählstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

- Aplerbeckermarkt. Vom 25. Dezember bis 9. Januar.
- Bettrop II. Vom 20. bis 31. Dezember.
- Bredenen. Vom 1. bis 15. Januar.
- Dortmund II. Vom 20. bis 30. Dezember.
- Dortmund V. Vom 1. bis 15. Januar.
- Rönigsstele. Vom 27. Dezember bis 6. Januar.
- Steele. Vom 2. bis 9. Januar.
- Stodum. Vom 16. Januar ab.

Bibliothek.

Aplerbeckermarkt. Die Ausgabe der Bibliotheksbücher erfolgt jeden Sonntag von 11—12 Uhr vormittags im Vereinslokal Teerts.
Schonnebeck II. Die Bibliothek befindet sich von jetzt ab beim Kameraden S. Witalowski, Weißburgstr. 27. Es wird ersucht, dieselbe mehr als bisher zu benutzen.
Vereinigte Bibliotheken Steele, Rönigsstele und Forst. Wegen Neuregelung bleibt die Bibliothek vom 23. Dezember bis 9. Januar geschlossen. Die entliehenen Bücher müssen bis zum 23. Dezember abgegeben sein.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorsingung des Mitgliedsbundes und des Krankenscheines kann in folgenden Zählstellen das Krankengeld erhoben werden:
Wattenscheid I. Das Krankengeld wird jeden Sonntag, morgens von 9—10 Uhr, beim Kameraden Karl Schulz, Vorstadtstraße 58, ausgezahlt.

Abrethenveränderungen.

Dümpfen II. Die Geschäfte des 1. Vertrauensmannes führt der Kamerad Wilhelm Schleich, Oberhausen, D-Strasse 17.
Werne a. B. Typpe. Die Geschäfte des 1. Vertrauensmannes führt der Kamerad Hermann Leichter, Werne, Kapelerstraße 617. Dasselbe findet auch jeden 1. und 3. Sonntag im Monat Krankengeldauszahlung statt.
Somborn. Die Geschäfte des 1. Vertrauensmannes hat von jetzt ab Kamerad Wilhelm Arens, Bahnhofstraße 14, übernommen.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- Fritz Krüger, Westerstorf.
- Johann Gassner, Westerstorf.
- Josef Nolte, Dortmund II.
- Albert Lange, Dortmund II.
- Heinrich Hoffmeister, Ramen II.
- Franz Skrajewski, Rothhausen.
- Alfred Ganiel, Nieder-Altwasser.
- Hugst Rißiger, Nieder-Altwasser.
- Karl Thurm, Bbingshausen.
- Paul Neumann, Eintrachtstraße.
- Max Hofmann, Zeihen.
- Wag Reuschel, Gottesberg.
- Wilhelm Heft, Bernburg.
- Paul Abtke, Langendreer II.
- Germann Krißhahn, Rönigsstele.
- Karl Stach, Wanne.
- Albert Schübel, Eberborn.
- August Hübel, Werne a. B. Lgdr.
- Willy. Feinrich, Werne a. B. Lgdr.
- Michel Zeromiu, Werne a. B. Lgdr.
- Paul Borg, Werne a. B. Lgdr.
- Paul Weisdel, Werne a. B. Lgdr.
- August Bohmann, Galbe.
- Wilhelm Regel, Galbe.
- Feinrich Poppensieker, Warop.

(2658)

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Bergarbeiter-Taschentalender

für das Jahr 1916
ist in unserer Verlage erschienen und nebst Kleistift zum Preise von nur 50 Pf. durch uns zu beziehen
Bestellungen durch die Ortsverwaltungen erbitten
S. Hausmann & Co., Bodum, Biemelsh. Straße 42